NACHRICHTEN AG

23. Mai 2025

Brexit-Bilanz: Briten leiden unter wirtschaftlichen Turbulenzen!

Der Artikel beleuchtet die fünf Jahre nach dem Brexit, die wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen des Vereinigten Königreichs und die Beziehung zur EU.

London, Vereinigtes Königreich - Fünf Jahre nach dem Brexit stehen das Vereinigte Königreich und die Europäische Union an einem kritischen Wendepunkt. Laut Unser Mitteleuropa befindet sich Großbritannien in einem herausfordernden wirtschaftlichen und politischen Zustand. Trotz der Hoffnung, durch den Austritt aus der EU mehr Selbstbestimmung zu gewinnen, sehen sich viele Briten mit den realen Konsequenzen des Brexits konfrontiert. Umfragen zeigen, dass 63 Prozent der Bevölkerung den Brexit als Misserfolg betrachten und 70 Prozent der Meinung sind, die Regierung habe die Umsetzung erheblich verschlechtert.

Der Brexit wurde von Befürwortern wie Boris Johnson mit dem

Slogan ȣTake Back Controlȣ propagiert, doch die erhofften Handelsabkommen sind größtenteils nicht zustande gekommen. Ein gescheitertes Freihandelsabkommen zwischen Großbritannien und Kanada, das hohe Importzölle auf Käse und Autos vorsieht, ist nur eines von vielen Beispielen für die Schwierigkeiten, die das Land in seinen neuen Handelsbeziehungen erlebt. Im Gegensatz dazu hat Großbritannien jedoch bilaterale Abkommen mit Australien und Neuseeland geschlossen sowie dem Pazifikpakt CPTTP beigetreten, dessen Handelsvolumen lediglich 0,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmacht.

Wirtschaftliche Herausforderungen und Einwanderung

Die ökonomischen Auswirkungen des Brexits sind erheblich. Der Verlust des Zugangs zum EU-Binnenmarkt wird auf einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von drei bis fünf Prozent geschätzt, während die Preise für Obst, Gemüse sowie Milch- und Fleischprodukte steigen werden. Zudem haben Branchenverbände bereits mit Mehrkosten von 230 Millionen Euro pro Jahr gerechnet, verbunden mit verschobenen Grenzkontrollen für Nahrungsmittelimporte aus der EU berichtete die Tagesschau.

Einen weiteren Aspekt stellt die Zuwanderung dar. Während 2022 netto 745.000 Menschen nach Großbritannien immigrierten, weit über der angestrebten Zahl von 212.000, hat die Regierung mit Nachzugsverboten reagiert. Diese Zuwanderung, insbesondere aus ehemaligen Kolonien, wird oft als problematisch angesehen und hat zu weiteren Spannungen in der Gesellschaft geführt.

Handels- und Sicherheitsabkommen

Am 24. Dezember 2020 einigten sich die EU und das Vereinigte Königreich auf ein Handels- und Kooperationsabkommen, das

am 1. Januar 2021 vorläufig in Kraft trat berichtet die Bundeszentrale für politische Bildung. Das Abkommen regelt den geordneten Austritt und enthält eine Freihandelsvereinbarung ohne Zölle im Warenverkehr, allerdings sind keine Regelungen für den Zugang zum EU-Binnenmarkt für den Bankensektor enthalten.

Das Nordirland-Protokoll wurde eingeführt, um eine „harte" Grenze zwischen der Republik Irland und Nordirland zu vermeiden. Jedoch bleibt der Zugang europäischer Fischereibetriebe zu britischen Gewässern begrenzt, was in den kommenden Jahren zu Herausforderungen führen kann. Darüber hinaus steht die endgültige Inkraftsetzung des Abkommens noch aus, da die Zustimmung des Europäischen Parlaments notwendig ist.

In einem weiteren Schritt unterzeichneten London und Brüssel einen Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaftspakt, der für England vorteilhaft, jedoch von geringer Bedeutung für die EU beschrieben wird. Kritiker bemängeln die bürokratische Vorgehensweise der EU und sehen in der Einhaltung von 80 Prozent der Gesetzesvorlagen, die aus Brüssel kommen, eine Einschränkung der nationalen Parlamente.

Insgesamt zeigt sich, dass der Brexit, während er einerseits eine Rückkehr zu nationalhistorischen Verhältnissen andeutet, andererseits das Vereinigte Königreich in eine ökonomische und politische Unsicherheit führt, die sowohl die Regierung als auch die Bürger vor große Herausforderungen stellt.

Details	
Vorfall	Regionales
Ort	London, Vereinigtes Königreich
Quellen	• www.unser-mitteleuropa.com • www.tagesschau.de • www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de